WEIDETIERHALTUNG

## Zwei weitere Rinder wohl von Wolf gerissen

**Stade.** Im Landkreis Stade sind erneut zwei Weidetiere mutmaßlich von einem oder mehreren Wölfen getötet worden. Wie die Jägerschaft des Landkreises Stade am Dienstag mitteilte, erfolgte der Angriff auf eine Rinderherde im Stader Ortsteil Wiepenkathen. Von zwei Rindern sei eines vermutlich durch einen Wolf getötet worden, ein zweites wurde so stark verletzt, dass es eingeschläfert werden musste. In den vergangenen dreieinhalb Wochen gab es laut Jägerschaft drei Wolfsangriffe im Landkreis Stade und den angrenzenden Landkreisen. Ein Angriff mit 55 toten Schafen ging inzwischen erwiesenermaßen vom Wolf aus, bei zwei weiteren Angriffen – einer mit drei toten Schafen und einer mit drei toten Schafen und mehreren verletzten Tieren – steht der genetische Nachweis noch aus. Auch für den jüngsten Angriff muss noch der genetische Nachweis erbracht werden. DPA

KINDERPORNOGRAFIE

## Ermittler beschlagnahmen 100 externe Festplatten

**Hannover.** Im Kampf gegen Kinderpornografie hat die Polizei insgesamt 71 Wohnungen, Garagen und Fahrzeuge in der Region Hannover durchsucht und diverses Beweismaterial sichergestellt. Bei einem Mann fanden die Beamten rund 100 externe Festplatten, auf denen kinderpornografisches Material vermutet wird, wie die Polizei am Dienstag mitteilte. Bei einem weiteren Tatverdächtigen entdeckten die Ermittler rund 15.000 selbst gebrannte CDs und DVDs. Laut eigenen Angaben hatte der Mann die Bilder und Videos über 20 Jahre gesammelt und archiviert. Eigene Ermittlungen sowie Hinweise anderer Behörden aus dem In- und Ausland hatten die Polizei zu den Tatverdächtigen geführt. Insgesamt 43 Durchsuchungsbeschlüsse haben die Beamten am vergangenen Donnerstag in einer Schwerpunktaktion vollstreckt. DPA

ERKÄLTUNGSWELLE

## Gesundheitsminister wirbt für Grippeimpfung

**Hannover.** Nach der heftigen Erkältungswelle im vergangenen Jahr hat Niedersachsens Gesundheitsminister Andreas Philippi für die Grippe-Impfung in diesem Jahr geworben. „Es ist unklar, wie intensiv die bevorstehende Erkältungssaison wird – umso wichtiger ist es, vorbereitet zu sein und eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden“, sagte der SPD-Politiker. Am Dienstag ließ sich Philippi selbst in Hannover vom Präsidenten des Landesgesundheitsamts (NLGA), Fabian Feil, gegen Influenza impfen. Die Kassenärztliche Vereinigung (KVN) erklärte, dass mit landesweit 2,3 Millionen Grippe-Impfdosen genügend Impfstoff für alle Interessierten zur Verfügung stehe. „Im letzten Herbst haben wir eine der schwersten Erkältungswellen der vergangenen Jahre erlebt, das zeigten alle Überwachungssysteme“, sagte NLGA-Präsident Feil. DPA

GROSSEINSATZ

## Leer stehendes Haus brennt komplett nieder

**Visselhövede.** Ein leer stehendes Einfamilienhaus im Landkreis Rotenburg (Wümme) ist von einem Feuer zerstört worden. Als die Feuerwehr in der Nacht zum Dienstag am Einsatzort in Visselhövede eintraf, stand das Gebäude bereits in Vollbrand, wie die Feuerwehr am Dienstag mitteilte. Die Flammen drohten auf ein bewohntes Mehrfamilienhaus überzugreifen. Die Brandbekämpfung gelang, war aber wegen des Windes schwierig. Mehr als 110 Einsatzkräfte mit mehr als 20 Fahrzeugen waren vor Ort. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen. DPA

KLIMA

## Aktivisten müssen sich vor Gericht verantworten

**Oldenburg.** In einem Verfahren vor dem Amtsgericht Oldenburg sind zehn Aktivisten der „Letzten Generation“ angeklagt. Konkret geht es um drei Sitzblockaden im vergangenen Jahr. Weil sie die dafür vorgesehenen Geldstrafen nicht zahlen wollten, kam es nun zur Gerichtsverhandlung. Die Angeklagten äußerten sich am Montag nicht zu den Tatvorwürfen. Stattdessen verwiesen sie auf die Klimakrise und warfen der Richterin Befangenheit vor. Draußen kam es zu Protesten. Das berichtet der Norddeutsche Rundfunk. Die Verhandlung wurde auf nächste Woche vertagt. LOD

# Hannover will die Autos verbannen

### Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) verspricht Bürgern und Händlern mehr Attraktivität für die Innenstadt

Mehr Grün und vor allem mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer: So stellen sich die Stadtplaner die künftige Innenstadt von Hannover vor. ILLUSTRATION: OLE SPATA/LANDESHAUPTSTADT HANNOVER/DPA

VON PETER MLODOCH

**Hannover.** Keine Schleichwege mehr durch die City, Parken am Straßenrand nur noch für Lieferverkehre und Menschen mit Mobilitätsproblemen: Hannover will die Autos weitgehend aus der Innenstadt verbannen. Diese soll künftig vor allem den Fußgängern gehören. Auch Radfahrer bekommen mehr Platz. Damit will Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) sein Versprechen umsetzen, mit dem er unter anderem 2019 seine Wahl in der früheren SPD-Hochburg gewonnen hatte. „Das Auto muss und wird Platz machen“, sagt das Stadtoberhaupt entschlossen. Dieser Plan soll nicht nur schwächere Verkehrsteilnehmer schützen und stärken, sondern auch die City und ihre Geschäfte beleben.

Onay spricht denn auch lieber von „Aufenthaltskonzept“ als von Verkehrskonzept. Abgasfreies Einkaufen, Flanieren und Feiern lautet sein Rezept gegen schmuddelige Leerstände von Kaufhäusern und unwirtliche Straßenfluchten. „Wir stärken das Zentrum als resilienten Einzelhandels- und Wirtschaftsstandort. Attraktive Aufenthaltsräume bekommt man im Onlinehandel nicht“, betont der Oberbürgermeister. Man biete Vorteile und Lösungen für alle: die Geschäftsleute, die Bewohner und all jene, die in die City kämen, um eine gute Zeit zu verbringen, ob nun zum Shoppen, für Kulturevents oder auch zum Feiern und Flanieren.

Mehr Grün und mehr Außengastronomie gehören dazu. Onay verweist auf ein erfolgreiches Vorbild, das es dafür bereits gibt. Seit die Schmiedestraße an der Marktkirche, früher eine abschreckende Asphaltpiste, verkehrsberuhigt umgebaut wurde, wächst der bisherige Gehweg-Biergarten dort zu einem beliebten City-Treffpunkt. Bereits in den vergangenen Jahren hatte die Stadtverwaltung verkehrsberuhigte Bereiche ohne Autos getestet. „Experimentierräume“ lautete das Konzept, bei dem unter anderem die viel befahrene, vierspurige Hochstraße hinter dem Hauptbahnhof für einige Tage zur Theaterbühne umfunktioniert wurde. Die Proteste dagegen hielten sich in Grenzen, es gab überraschend viel Zustimmung. Diese Probezeit sei vorbei, sagt Onay. „Jetzt geht es an die Umsetzung.“

### Paris als Vorbild

Davor steht jedoch noch der Segen des Stadtrats. Der Oberbürgermeister regiert mit einer rot-grünen Mehrheit. Die Opposition hat schon erwartungsgemäß ihre Ablehnung zu Protokoll gegeben. „Onay setzt die Axt an die Zukunftsfähigkeit der Innenstadt“, poltert Felix Semper, Chef der CDU-Ratsfraktion. Man dürfe den Menschen nicht den Zugang zur City verwehren. Dass seine eigenen grünen Parteifreunde Onay stützen, gilt als gesichert. Vom Koalitionspartner SPD ist freilich Skepsis zu spüren. Die Genossen haben zu einem Teil Probleme mit der angeblichen Radikalität der Pläne, zum anderen fühlen sie sich nicht richtig eingebunden.

Allerdings hat ihr eigener Baustadtrat Thomas Vielhaber maßgeblich an dem Konzept mitgearbeitet. Der SPD-Mann verweist auf Paris als Vorbild: „Wir schlagen einen Weg ein, den auch andere europäische Städte und Metropolen derzeit gehen. Mit Blick auf die großen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Handel und Gewerbe ist unser Konzept mehr als ein wichtiges Aufbruchssignal.“ So verkünden Onay und Vielhaber auch selbstbewusst ihren Zeitplan: Voraussichtlich im November soll das Stadtparlament die millionenteuren Pläne billigen. Erste Umbauten und Teilsperrungen von Straßen könnten danach Mitte 2024 starten; bis 2030 soll Hannovers Zentrum nach dem Willen der Rathausspitze dann das Prädikat „autofrei“ tragen.

Ganz ohne motorisierte Personenfahrzeuge soll es freilich nicht gehen. „Autofrei heißt: Es ist kein Auto zu viel in der Stadt“, erklärt der grüne OB. So werde zwar der Durchgangsverkehr komplett ausgesperrt. Anlieger könnten aber selbstverständlich weiter auf ihren privaten Stellplätzen parken, versichert das Stadtoberhaupt. Auch Taxen kämen weiter in die Stadt, der Anlieferverkehr ohnehin. Die Parkmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung würden sogar ausgeweitet und die Parkhäuser blieben allesamt über Stichstraßen erreichbar. „Für diejenigen, die aufs Auto angewiesen sind, wird es zukünftig leichter, in die Stadt zu kommen, weil es weniger konkurrierenden Autoverkehr gibt – aber insgesamt wird die Zahl der Stellplätze nach und nach deutlich reduziert“, kündigt Onay an. So sollen nach seinem Willen fast 4000 Stellplätze am Straßenrand verschwinden. Auch mehrspurige Straßen durch die City sollen der Vergangenheit angehören. Den Autoverkehr will Baustadtrat Vielhaber im Zentrum möglichst auf Tempo 20, maximal Tempo 30 abbremsen. Im Gegenzug werden die Gehwege verbreitert und Radwege ausgebaut. „Wir stellen das Konzept der autogerechten Stadt im wahrsten Sinne vom Kopf auf die Füße und schaffen eine lebenswerte Stadt.“ Denn „Basismobilität“ sei eben der Weg zu Fuß.

### Weniger Autos in der Bremer City

**Die Bremer Grünen** hatten sich für eine autofreie Innenstadt eingesetzt. Dieser Punkt war 2019 im Koalitionsvertrag der vorherigen rot-grün-roten Regierung festgehalten worden. Bis 2030 sollten Autos demnach aus der City verbannt werden. In der Neuauflage des rot-grün-roten Senats sind die Ziele heute deutlich moderater. So betont die neue Verkehrssenatorin Özlem Ünsal (SPD), die Maike Schaefer (Grüne) im Amt abgelöst hat, dass Autofreiheit kein Wert an sich sei. „Plakative Schlagworte bringen uns in der Sache kein Stück weiter“, erklärte sie im Interview mit dem WESER-KURIER. Eine lebenswerte Innenstadt brauche tragfähige Lösungen. Wie in anderen Großstädten gehe der Autoverkehr auch in Bremen schrittweise zurück. LOD

# Gericht gibt Amazon recht

### Betriebsrat erhält Kündigung nach Treffen mit Politikern

VON FELIX GUTSCHMIDT

**Verden/Achim.** Das Arbeitsgericht Verden hat die Klage des ehemaligen Amazon-Betriebsrats Rainer Reising auf Wiedereinstellung abgewiesen. Die Kammer hält die im Frühjahr von der Amazon Logistik Achim GmbH ausgesprochene außerordentliche Kündigung für rechtens. Reising hatte falsche Angaben über Fahrten im Zuge seiner Tätigkeit als Betriebsrat gemacht und damit das Vertrauensverhältnis zu seinem Arbeitgeber erheblich beschädigt, urteilte die Kammer. Reising kündigte an, Widerspruch gegen die Entscheidung einzulegen.

Das freigestellte Betriebsratsmitglied hatte im Februar eine einwöchige Fortbildung in Köln besucht und war von dort aus zunächst zu einer Gewerkschaftsveranstaltung nach Berlin gereist und anschließend zu einem weiteren Treffen nach Hannover, wo er unter anderem Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil traf. Die Rechnung für den Mietwagen sowie die Tankbelege reichte Reising nach Angaben des Gerichts beim Arbeitgeber ein und bekam die Kosten erstattet. Als Amazon das Betriebsratsmitglied aufforderte, seine Arbeitszeiten für die fragliche Woche in Köln anzugeben, verschwieg Reising offenbar zunächst diese Fahrten und gab lediglich die offiziellen Zeiten der Fortbildung in Köln an.

Der Fall hatte bundesweit Aufsehen erregt. Gewerkschaftsvertreter erkannten in der Kündigung einen weiteren Beleg dafür, dass der Online-Händler Amazon versucht, in Arbeitnehmervertretungen organisierte Beschäftigte loszuwerden. Im Frühjahr hatte Amazon den Betriebsratsvorsitzenden des Logistikzentrums in Winsen wegen eines ähnlichen Fehlverhaltens vor die Tür gesetzt.

Verdi-Mitglieder demonstrieren vor dem Amtsgericht. FOTO: FOCKE STRANGMANN

# War es versuchter Totschlag?

### 48-jähriger Ehemann bestreitet die Vorwürfe vor Gericht

VON ANGELIKA SIEPMANN

**Verden/Weyhe.** Wegen versuchten Totschlags an seiner Frau und gefährlicher Körperverletzung an seiner Tochter muss sich ein 48-Jähriger vor der Schwurgerichtskammer des Landgerichts Verden verantworten. Laut Anklageschrift der Staatsanwaltschaft hat er die Taten Ende Januar 2021 in der Familienwohnung in Weyhe (Kreis Diepholz) verübt. In einer vom Pflichtverteidiger vorgetragenen Erklärung wurden die Vorwürfe am zweiten Verhandlungstag zurückgewiesen: „Ich habe niemanden angegriffen. Töten wollte ich erst recht keine Person.“

Vielmehr sei er selbst angegriffen worden, ließ der gebürtige Afghane mitteilen. Frau und Tochter hätten nach einem erneuten Streit um Geld auf ihn eingeschlagen, einer der vier minderjährigen Söhne habe ihn „gewürgt“, hieß es. „Ich verteidigte mich.“ Beim Eintreffen der Polizei sei dann „alles anders geschildert“ worden. Nachfragen sollten, zumindest vorerst, nicht beantwortet werden. Dem Mann wird zur Last gelegt, zunächst seiner damals 20-jährigen Tochter mit der flachen Hand und der Faust mehrere Schläge ins Gesicht versetzt zu haben. Sowohl seine Ehefrau als auch der elfjährige Sohn sollen eingegriffen und daraufhin ebenfalls attackiert worden sein. Vor den Augen der Kinder soll der Angeklagte die Mutter „zu Boden gerissen“ und sie mit Faustschlägen traktiert haben. Dabei habe er um die Hirnerkrankung der Frau gewusst. Mit einer Glasscherbe soll er versucht haben, ihr „tödliche Schnittverletzungen“ zuzufügen. Den Zeugen war es gelungen, dies zu verhindern.

Die Kinder, die den Mann vor der Polizei schwer belastet haben, wollen vor Gericht nicht aussagen. Im Falle der Frau ist unklar, ob sie vernehmungsfähig ist.

Das Landgericht versucht zu ergründen, was sich in Weyhe abgespielt hat. ARCHIVFOTO: DPA